

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1957

Ausgegeben am 17. Juli 1957

48. Stück

101. Verordnung: Neuerliche Abänderung und Ergänzung der Geschäftsordnung der Einigungsämter und des Obereinigungsamtes (2. EA.-Geo.-Novelle).
 102. Verordnung: Änderung des Geschäftsplanes in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung.
 103. Multilaterales Abkommen über die kommerziellen Rechte im nichtplanmäßigen Luftverkehr in Europa.

101. Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 21. Juni 1957, betreffend die neuerliche Abänderung und Ergänzung der Geschäftsordnung der Einigungsämter und des Obereinigungsamtes (2. EA.-Geo.-Novelle).

Auf Grund des § 38 Abs. 2 des Kollektivvertragsgesetzes, BGBl. Nr. 76/1947, wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Justiz verordnet:

Die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 31. Juli 1947, BGBl. Nr. 218, über die Geschäftsordnung der Einigungsämter und des Obereinigungsamtes (EA.-Geo.), in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 208/1951, wird abgeändert und ergänzt wie folgt:

1. Dem § 1 ist nachstehender Abs. 3 anzufügen:

„(3) Die Einigungsämter sind berufen:

- a) über Anträge auf Erteilung der Zustimmung zur Kündigung und Entlassung zum Präsenzdienst einberufener Dienstnehmer gemäß § 6 Abs. 3 und 4 und § 7 Abs. 2 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 154/1956, sowie über die Anfechtung einer Kündigung gemäß § 11 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes und über Anträge zur Feststellung gemäß § 12 Abs. 2 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes, daß eine Hemmung im Laufe von Kündigungsfristen nicht eintritt, zu entscheiden;
- b) gemäß § 6 Abs. 7 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes Dienstnehmer über den Kündigungsschutz nach dem Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz zu belehren und darüber eine Bescheinigung auszustellen sowie nach erfolgter Rechtsbelehrung des Dienstnehmers gemäß § 18 Abs. 2 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes bei einer Vereinbarung, betreffend die Werks- oder Dienstwohnung eines zum Präsenzdienst einberufenen Dienstnehmers, mitzuwirken;
- c) über Anträge auf Erteilung der Zustimmung zur Kündigung gemäß § 10 Abs. 3

und § 24 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes, BGBl. Nr. 76/1957, zu entscheiden;

- d) gemäß § 10 Abs. 6 und § 24 Abs. 2 des Mutterschutzgesetzes minderjährige Dienstnehmerinnen über den Kündigungsschutz nach dem Mutterschutzgesetz zu belehren und darüber eine Bescheinigung auszustellen.“

2. Im § 8 Abs. 1 hat lit. e zu lauten:

„e) alle anderen Geschäftsstücke, wie Einsprüche gegen Satzungsbeschlüsse, Anzeigen über die erfolgte Wahl eines Betriebsrates, über die Ausstellung einer Bescheinigung gemäß § 6 Abs. 7 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes und gemäß § 10 Abs. 6 und § 24 Abs. 2 des Mutterschutzgesetzes, über Vereinbarungen, betreffend die Werks- oder Dienstwohnung, nach § 18 Abs. 2 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes, sofern sie nicht gleichzeitig bei der mündlichen Verhandlung nach § 6 Abs. 3 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes abgeschlossen wurden, in ein Sammelregister.“

3. Im § 21 hat Abs. 1 zu lauten:

„(1) In den Fällen des § 1 Abs. 2 und 3 lit. a und c ist die Verhandlung in möglichst kurzem Abstand anzuberaumen.“

4. Dem Abschnitt 4 ist nachstehender Abschnitt 5 anzufügen:

„ABSCHNITT 5

Erteilung von Rechtsbelehrungen nach dem Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz und dem Mutterschutzgesetz sowie Abschluß einer Vereinbarung gemäß § 18 Abs. 2 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes.

§ 23 a. (1) Die Rechtsbelehrung über den Kündigungsschutz, die nach § 6 Abs. 3 und 4 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes dem Dienstnehmer (Heimarbeiter) und nach § 10 Abs. 3 und § 24 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes den Parteien zu erteilen ist, hat der die Verhandlung führende Vorsitzende des Einigungsamtes bzw. dessen Stellvertreter, der die Verhandlung führt, vorzunehmen.

(2) Die Rechtsbelehrung ist, soweit es sich um den Dienstnehmer (Heimarbeiter) handelt, diesem unmittelbar zu erteilen und hat ihn über den Umfang des Kündigungsschutzes nach dem Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz bzw. nach dem Mutterschutzgesetz sowie über die anderen Rechte aufzuklären, die ihm nach den Bestimmungen des in Betracht kommenden Gesetzes zustehen.

(3) Die im Verlaufe einer Verhandlung gemäß § 6 Abs. 3 und 4 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes und gemäß § 10 Abs. 3 und § 24 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes erteilte Rechtsbelehrung ist im Verhandlungsprotokoll festzuhalten; im Spruch des Bescheides ist auf sie hinzuweisen.

(4) Im Falle einer einvernehmlichen Auflösung des Dienstverhältnisses (§ 6 Abs. 7 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes, § 10 Abs. 6 und § 24 Abs. 2 des Mutterschutzgesetzes) hat der Vorsitzende des Einigungsamtes oder sein Stellvertreter die Rechtsbelehrung zu erteilen. Hierbei ist nach der Vorschrift des Abs. 2 zu verfahren. Über die Rechtsbelehrung ist eine Niederschrift aufzunehmen, die vom Dienstnehmer (Heimarbeiter) zu unterfertigen ist. Dem Dienstnehmer (Heimarbeiter) ist über die Vornahme der Rechtsbelehrung eine Bescheinigung auszustellen, die auch den Vor- und Zunamen, die Geburtsdaten und die Wohnadresse des Dienstnehmers (Heimarbeiters) zu enthalten hat.

(5) Der Dienstnehmer (Heimarbeiter) hat das Einigungsamt selbst auszuwählen, an das er sich zwecks Ausstellung der Bescheinigung nach § 6 Abs. 7 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes und nach § 10 Abs. 6 und § 24 Abs. 2 des Mutterschutzgesetzes wenden will.

§ 23 b. (1) Eine von der gemäß § 18 Abs. 1 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes für Werks- oder Dienstwohnungen geltenden Vorschriften abweichende Vereinbarung kann nur vor dem Vorsitzenden des nach dem Sitz des Betriebes zuständigen Einigungsamtes oder einem seiner Stellvertreter getroffen werden.

(2) Vor Abschluß der Vereinbarung (Abs. 1) ist der Dienstnehmer (Heimarbeiter) darüber zu belehren, welcher Rechte er sich durch eine von den Vorschriften des § 18 Abs. 1 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes abweichende Regelung hinsichtlich der Werks- oder Dienstwohnung begeben kann. Die Rechtsbelehrung ist dem Dienstnehmer (Heimarbeiter) unmittelbar vom Vorsitzenden des Einigungsamtes oder einem seiner Stellvertreter zu erteilen. Über die Rechtsbelehrung ist eine Niederschrift aufzunehmen, die vom Dienstnehmer (Heimarbeiter) zu unterfertigen ist.

(3) Nach Erteilung der Rechtsbelehrung kann die Vereinbarung entweder zu Protokoll gegeben oder von den Parteien in einem Schriftsatz festgelegt werden. Wird die Vereinbarung

zu Protokoll gegeben, so ist den Parteien auf Verlangen eine Abschrift auszuhändigen. Wird ein Schriftsatz angefertigt, so muß aus ihm der Wille der Parteien klar und eindeutig hervorgehen; der Schriftsatz ist in dreifacher Ausfertigung herzustellen, von denen zwei für die Parteien bestimmt sind und eine beim Einigungsamt verbleibt. Nach Abschluß der Vereinbarung hat das Einigungsamt auf jeder Ausfertigung folgenden Vermerk anzubringen: „Vor dem Einigungsamt in nach Erteilung der Rechtsbelehrung gemäß § 18 Abs. 2 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes abgeschlossen.“

(4) Wird eine Vereinbarung nach Abs. 1 gleichzeitig in einem Verfahren gemäß § 6 Abs. 3 und 4 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes getroffen, so ist die Rechtsbelehrung gesondert von der Rechtsbelehrung nach § 6 Abs. 3 und 4 des Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes zu erteilen. Der Inhalt der Vereinbarung ist im Spruch des Bescheides festzuhalten; aus ihm muß auch hervorgehen, daß die Rechtsbelehrung erteilt wurde.“

Proksch

162. Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 6. Juli 1957, betreffend Änderung des Geschäftsplanes in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung.

Auf Grund des § 54 des Kraftfahrzeuggesetzes 1955, BGBl. Nr. 223, wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau verordnet:

Artikel I.

Der in der Anlage zur Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 6. Dezember 1956, BGBl. Nr. 234, betreffend Änderung des Geschäftsplanes in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung, kundgemachte Tarif für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung wird wie folgt abgeändert:

Punkt I. Krafträder, Ziffer 1, erhält folgende Fassung:

| | Spalte A | Spalte B |
|--|-----------|----------|
| | Schilling | |
| „1. Motorfahrräder im Sinne des § 79 Kraftfahrzeuggesetz 1955. | | |
| einsitzig | 67'— | 74'— |
| zweisitzig oder zur Güterbeförderung bestimmt | 100'— | 125'—“ |

Artikel II.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. August 1957 in Kraft.

Kamitz

163.

Der gemäß Artikel 64 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Funktionen des Bundespräsidenten ausübende Bundeskanzler erklärt das am 30. April 1956 in Paris abgeschlossene Multilaterale Abkommen über die kommerziellen Rechte im nichtplanmäßigen Luftverkehr in Europa, welches also lautet:

| Multilateral Agreement on Commercial Rights of Non-Scheduled Air Services in Europe | Accord Multilatéral sur les droits commerciaux pour les transports aériens non réguliers en Europe | Multilaterales Abkommen über die kommerziellen Rechte im nichtplanmäßigen Luftverkehr in Europa |
|--|--|--|
| THE UNDERSIGNED GOVERNMENTS, | LES GOUVERNEMENTS SOUSSIGNÉS, | (Übersetzung.) DIE UNTERFERTIGTEN REGIERUNGEN, |
| CONSIDERING that it is the policy of each of the States parties to the Agreement that aircraft engaged in non-scheduled commercial flights within Europe which do not harm their scheduled services may be freely admitted to their territories for the purpose of taking on or discharging traffic, | CONSIDÉRANT que chacun des Etats parties à l'Accord ci-après a pour objectif d'admettre librement sur son territoire pour embarquer ou débarquer du trafic les aéronefs effectuant des transports intraeuropéens commerciaux non réguliers qui ne portent pas préjudice à ses services réguliers, | Haben in der Erwägung, daß es im Bestreben jedes der Vertragsstaaten liegt, die für nichtplanmäßige kommerzielle Flüge innerhalb Europas eingesetzten Luftfahrzeuge, welche seine planmäßigen Luftverkehrslinien nicht beeinträchtigen, frei in sein Gebiet zuzulassen, um Verkehr aufzunehmen und abzusetzen, und |
| CONSIDERING that the treatment provided by the provisions of the first paragraph of Article 5 of the Convention on International Civil Aviation drawn up at Chicago on 7 December 1944 (hereinafter called "the Convention")—which applies to the international movements of private and commercial aircraft engaged in non-scheduled operations on flights into or in transit non-stop across the territories of the States parties to that Convention and to stops therein for non-traffic purposes—is satisfactory, and | CONSIDÉRANT comme satisfaisant le régime que les dispositions du premier alinéa de l'article 5 de la Convention relative à l'aviation civile internationale, signée à Chicago le 7 décembre 1944 et ci-après dénommée « la Convention », réservent aux déplacements internationaux des aéronefs privés et des aéronefs effectuant des transports commerciaux non réguliers qui pénètrent sur le territoire des Etats parties à cette Convention, le traversent en transit sans escale ou y effectuent des escales non commerciales, et | Im Hinblick darauf, daß die durch die Bestimmungen des ersten Absatzes des Artikels 5 des Abkommens über die internationale Zivilluftfahrt, abgefaßt in Chicago am 7. Dezember 1944 (in der Folge „Konvention“ genannt), vorgesehene Behandlung — welche auf internationale Flüge von privaten und kommerziellen Luftfahrzeugen, die im nichtplanmäßigen Luftverkehr in die Gebiete der Staaten der Konvention einfliegen oder diese ohne Aufenthalt überqueren, sowie auf dort vorgenommene Landungen für nichtkommerzielle Zwecke Anwendung findet — befriedigend ist, und |
| DESIRING to arrive at further agreement as to the right of their respective commercial aircraft to take on and discharge passengers, cargo or mail on international flights for remuneration or hire on other than international scheduled services, as provided in | DÉSIREUX d'aboutir à un accord plus étendu au sujet du droit que le deuxième alinéa de l'article 5 de la Convention accorde à leurs aéronefs commerciaux d'embarquer ou de débarquer des passagers, des marchandises ou du courrier lorsque ces aéronefs effectuent | Vom Wunsch geleitet, zu einem weiteren Abkommen, betreffend das Recht ihrer kommerziellen Luftfahrzeuge zu gelangen, Fluggäste, Fracht und Postsendungen auf internationalen Flügen zur entgeltlichen Beförderung außerhalb der planmäßigen internationalen Luft- |

the second paragraph of Article 5 of the Convention,

HAVE CONCLUDED this Agreement to that end.

Article 1

This Agreement applies to any civil aircraft

(a) registered in a State member of the European Civil Aviation Conference, and

(b) operated by a national of one of the Contracting States duly authorized by the competent national authority of that State,

when engaged in international flights for remuneration or hire, on other than scheduled international air services, in the territories covered by this Agreement as provided in Article 11.

Article 2

(1) The Contracting States agree to admit the aircraft referred to in Article 1 of this Agreement freely to their respective territories for the purpose of taking on or discharging traffic without the imposition of the "regulations, conditions or limitations" provided for in the second paragraph of Article 5 of the Convention, where such aircraft are engaged in:

(a) flights for the purpose of meeting humanitarian or emergency needs;

(b) taxi-class passenger flights of occasional character on request, provided that the aircraft does not have a seating capacity of more than six passengers and provided

des transports internationaux contre rémunération ou en exécution d'un contrat de location ou d'affrètement en dehors des services aériens internationaux réguliers,

ONT CONCLU le présent Accord à cette fin.

Article premier

Le présent Accord s'applique à tout aéronef civil

a) immatriculé dans un Etat membre de la Commission européenne de l'aviation civile, et

b) exploité par un ressortissant d'un des Etats contractants, dûment habilité à cet effet par l'autorité nationale compétente de cet Etat,

lorsque cet aéronef effectue, dans les territoires auxquels s'applique le présent Accord aux termes de l'article 11, des transports internationaux contre rémunération ou en exécution d'un contrat de location ou d'affrètement, en dehors des services aériens internationaux réguliers.

Article 2

1) Les Etats contractants conviennent d'admettre librement sur leurs territoires respectifs, pour embarquer ou débarquer du trafic, les aéronefs mentionnés à l'article premier du présent Accord, sans leur imposer les « réglementations, conditions ou restrictions » prévues au deuxième alinéa de l'article 5 de la Convention, lorsque ces aéronefs sont utilisés pour l'une des activités suivantes:

a) transports effectués à des fins humanitaires ou en cas de nécessité impérieuse;

b) transports de passagers par taxi aérien, à caractère occasionnel et effectués à la demande, à condition que l'aéronef ne comporte pas une capacité de plus de six

verkehrslinien, wie im zweiten Absatz des Artikels 5 der genannten Konvention vorgesehen, aufzunehmen oder abzusetzen,

Zu diesem Zweck das vorliegende Abkommen geschlossen.

Artikel 1

Dieses Abkommen findet auf jedes Zivilluftfahrzeug Anwendung, das

a) in einem Teilnehmerstaat der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz eingetragen ist und

b) von einem Staatsangehörigen eines der Vertragsstaaten, der durch die zuständige nationale Behörde dieses Staates ordnungsgemäß ermächtigt ist, betrieben wird,

wenn dieses auf internationalen Flügen zur entgeltlichen Beförderung außerhalb der planmäßigen internationalen Luftverkehrslinien in die durch dieses Abkommen gemäß Artikel 11 festgelegten Gebiete eingesetzt ist.

Artikel 2

(1) Die Vertragsstaaten vereinbaren, die im Artikel 1 dieses Abkommens genannten Luftfahrzeuge in ihre Gebiete frei zuzulassen, um Verkehr aufzunehmen oder abzusetzen, ohne Auferlegung der im zweiten Absatz des Artikels 5 der Konvention vorgesehenen „Vorschriften, Bedingungen oder Einschränkungen“, sofern solche Luftfahrzeuge eingesetzt werden bei:

a) Flügen zur Durchführung von Katastrophen- oder Noteinsätzen;

b) Taxi-Passagierflügen mit Gelegenheitscharakter auf Bestellung, vorausgesetzt, daß das Luftfahrzeug über eine Sitzplatzkapazität von nicht mehr als sechs Fluggästen ver-

that the destination is chosen by the hirer or hirers and no part of the capacity of the aircraft is resold to the public;

(c) flights on which the entire space is hired by a single person (individual, firm, corporation or institution) for the carriage of his or its staff or merchandise, provided that no part of such space is resold;

(d) single flights, no operator or group of operators being entitled under this subparagraph to more than one flight per month between the same two traffic centres for all aircraft available to him.

(2) The same treatment shall be accorded to aircraft engaged in either of the following activities:

(a) the transport of freight exclusively;

(b) the transport of passengers between regions which have no reasonably direct connection by scheduled air services;

provided that any Contracting State may require the abandonment of the activities specified in this paragraph if it deems that these are harmful to the interests of its scheduled air services operating in the territories to which this Agreement applies; any Contracting State may require full information as to the nature and extent of any such activities that have been or are being conducted; and

further provided that, in respect of the activity referred to in sub-paragraph (b) of this paragraph, any Contracting State may determine freely the extend of the regions (including the airport or airports com-

sièges-passagers, que la destination soit choisie par le ou les preneurs et qu'aucune partie de ladite capacité ne soit cédée au public;

c) transports effectués par des aéronefs dont toute la capacité est louée par une même personne physique ou morale pour le transport de son personnel ou de ses marchandises, pourvu qu'aucune partie de ladite capacité ne soit cédée à un tiers;

d) transports isolés, étant entendu qu'aux termes du présent alinéa aucun transporteur ou groupe de transporteurs n'a droit, pour l'ensemble des aéronefs dont il dispose, à plus d'un transport par mois entre deux centres de trafic déterminés.

2) Il en est de même pour les aéronefs utilisés pour l'une des activités suivantes:

a) transports exclusifs de fret;

b) transports de passagers entre régions qui n'ont pas entre elles de liaison suffisamment directe par services aériens réguliers;

toutefois, tout Etat contractant peut exiger l'abandon des activités prévues au présent paragraphe s'il estime que celles-ci sont préjudiciables aux intérêts de ses services aériens réguliers exploités dans les territoires auxquels s'applique le présent Accord; tout Etat contractant peut exiger des renseignements complets sur la nature et l'importance de toute activité de ce genre, terminée ou en cours;

de plus, en ce qui concerne l'activité mentionnée à l'alinéa b) du présent paragraphe, tout Etat contractant peut définir librement l'étendue des régions (notamment le ou les aérodromes considérés), modi-

fügt und daß der Bestimmungsort durch den Mieter oder die Mieter gewählt und kein Teil des Fassungsraums des Luftfahrzeugs öffentlich weiterverkauft wird;

c) Flügen, bei welchen der gesamte Laderaum durch eine einzelne Person (Einzelperson, Firma, Gesellschaft oder Institution) für die Beförderung ihres Personals oder Waren gemietet wird, vorausgesetzt, daß kein Teil dieses Fassungsraums weiterverkauft wird;

d) Einzelflügen, bei denen kein Unternehmer oder keine Gruppe von Unternehmern gemäß diesem Unterabschnitt zu mehr als einem Flug monatlich zwischen den beiden gleichen Verkehrszentren mit allen ihm verfügbaren Luftfahrzeugen berechtigt ist.

(2) Die gleiche Behandlung gilt für Luftfahrzeuge, die zu einer der folgenden Beförderungsarten eingesetzt sind:

a) ausschließlich zur Beförderung von Fracht;

b) zur Beförderung von Fluggästen zwischen Gebieten, die keine ausreichend unmittelbare Verbindung durch planmäßige Luftverkehrslinien aufweisen;

wobei jedoch jeder der Vertragsstaaten die Einstellung der in diesem Absatz festgesetzten Beförderungsarten verlangen kann, wenn er der Ansicht ist, daß diese die Interessen seiner planmäßigen Luftverkehrslinien, die in den Gebieten, für die dieses Abkommen Anwendung findet, betrieben werden, beeinträchtigen; jeder Vertragsstaat kann vollständige Angaben über die Art und das Ausmaß jeder dieser Beförderungsarten, welche durchgeführt wurden oder werden, verlangen; und

wobei weiters bezüglich der in Unterabschnitt b) dieses Absatzes angeführten Beförderungsart jeder Vertragsstaat frei die Ausdehnung der Gebiete (einschließlich des Flughafens oder der Flughäfen) fest-

prised), may modify such determination at any time, and may determine whether such regions have reasonably direct connections by scheduled air services.

Article 3

The Contracting States further agree that in cases, other than those covered by Article 2, where they require compliance with regulations, conditions or limitations for the non-scheduled flights referred to in the second paragraph of Article 5 of the Convention, the terms of such regulations, conditions or limitations will be laid down by each Contracting State in published regulations, which shall indicate:

(a) the time by which the required information (with a request for prior permission if one is required) must be submitted; this shall not be more than two full business days in the case of a single flight or of a series of not more than four flights; longer periods may be specified for more extensive series of flights;

(b) the aviation authority of the Contracting State to which such information (with the request if one is required) may be made direct, without passing through diplomatic channels;

(c) the information to be furnished, which, in the case of permission for a single flight or of a series of not more than four flights, shall not exceed:

- (1) name of operating company;
- (2) type of aircraft and registration marks;
- (3) date and estimated time of arrival at and departure from the territory of the Contracting State;

fier cette définition à tout moment et déterminer si ces régions ont entre elles des liaisons suffisamment directes par services aériens réguliers.

Article 3

Les Etats contractants conviennent en outre que dans les cas non couverts par l'article 2 où ils exigeraient l'observation de réglementations, conditions ou restrictions pour les transports aériens non réguliers visés au deuxième alinéa de l'article 5 de la convention, les clauses de telles réglementations, conditions ou restrictions seront prescrites par l'Etat contractant intéressé, qui publiera un règlement indiquant:

a) le délai dans lequel les renseignements éventuels (avec une demande d'autorisation préalable s'il y a lieu) doivent être déposés; ce délai ne dépassera pas deux jours ouvrables dans le cas d'un transport isolé ou d'une série de quatre transports au plus; un délai plus long peut être spécifié s'il s'agit d'une série plus importante de transports;

b) l'autorité aéronautique de l'Etat contractant à laquelle ces renseignements (avec la demande s'il y a lieu) peuvent être adressés directement, sans passer par la voie diplomatique;

c) les renseignements à fournir qui seront limités, dans le cas d'un transport isolé ou d'une série de quatre transports au plus, aux éléments ci-après:

- 1) nom de la compagnie exploitante;
- 2) type d'aéronef et marques d'immatriculation;
- 3) dates et heures prévues pour l'arrivée sur le territoire de l'Etat contractant et pour le départ de ce territoire;

setzen und jederzeit eine solche Festsetzung abändern sowie bestimmen kann, ob solche Gebiete über ausreichend unmittelbare Verbindungen durch planmäßige Luftverkehrslinien verfügen.

Artikel 3

Die Vertragsstaaten vereinbaren weiters, daß für die nicht im Artikel 2 angeführten anderen Fälle, in welchen sie die Einhaltung der Vorschriften, Bedingungen oder Einschränkungen für nichtplanmäßige Flüge entsprechend dem zweiten Absatz des Artikels 5 der Konvention verlangen, diese Vorschriften, Bedingungen oder Einschränkungen von jedem Vertragsstaat in einer veröffentlichten Vorschrift festgelegt werden, die folgendes beinhaltet:

a) den Zeitraum, in welchem die erforderlichen Angaben (mit einem Antrag auf vorherige Genehmigung, falls ein solcher verlangt wird) vorgelegt werden müssen; dieser darf nicht mehr als zwei volle Werktage im Fall eines Einzelflugs oder einer Reihe von nicht mehr als vier Flügen betragen; ein längerer Zeitraum kann für eine umfangreichere Reihe von Flügen festgelegt werden;

b) die Luftfahrtbehörde des Vertragsstaates, bei welcher diese Angaben (mit dem Antrag, falls einer verlangt wird) direkt, ohne Benützung des diplomatischen Weges, eingebracht werden können;

c) die beizubringenden Angaben sollen im Fall der Genehmigung für einen Einzelflug oder für eine Reihe von nicht mehr als vier Flügen nicht über folgende Punkte hinausgehen:

1. Name der Gesellschaft;
2. Luftfahrzeugmuster und Eintragungszeichen;
3. Datum und voraussichtliche Ankunfts- und Abflugzeit im Gebiet des Vertragsstaates;

(4) the itinerary of the aircraft;

(5) the purpose of the flight, the number of passengers and the nature and amount of freight to be taken on or put down.

Article 4

(1) If any dispute arises between Contracting States relating to the interpretation or application of the present Agreement, they shall in the first place endeavour to settle it by negotiation between themselves.

(2) (a) If they fail to reach a settlement they may agree to refer the dispute for decision to an arbitral tribunal or arbitrator.

(b) If they do not agree on a settlement by arbitration within one month after one State has informed the other State of its intention to appeal to such an arbitral authority, or if they cannot within an additional three months after having agreed to refer the dispute to arbitration reach agreement as to the composition of the arbitral tribunal or the person of the arbitrator, any Contracting State concerned may refer the dispute to the Council of the International Civil Aviation Organization for decision: No member of the Council shall vote in the consideration by the Council of any dispute to which it is a party. If said Council declares itself unwilling to entertain the dispute, any Contracting State concerned may refer it to the International Court of Justice.

4) itinéraire de l'aéronef;

5) objet du transport, nombre de passagers à embarquer ou à débarquer ainsi que nature et quantité du fret à embarquer ou à débarquer.

Article 4

1) Si un différend s'élève entre des Etats contractants au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent Accord, ceux-ci s'efforceront d'abord de le régler par voie de négociations directes.

2) a) Si les Etats intéressés ne parviennent pas à s'entendre ils peuvent accepter de soumettre le différend pour décision à un Tribunal d'arbitrage ou à un arbitre.

b) Si dans un délai d'un mois après qu'un Etat a fait savoir à l'autre Etat son intention de recourir à une telle instance arbitrale, ils ne se sont pas mis d'accord sur le principe d'un règlement arbitral ou si, à l'expiration des trois mois qui suivent, après avoir accepté de soumettre le différend à l'arbitrage, ils ne peuvent s'entendre sur la composition du tribunal ou la personne de l'arbitre, tout Etat contractant intéressé peut soumettre le différend au Conseil de l'Organisation de l'Aviation civile internationale pour décision. Aucun membre du Conseil ne peut voter lors de l'examen par le Conseil d'un différend auquel il est partie. Si ledit Conseil n'accepte pas d'être saisi du différend, tout Etat contractant intéressé peut le soumettre à la Cour internationale de Justice.

4. Flugweg des Luftfahrzeugs;

5. Zweck des Flugs, Anzahl der Fluggäste und Art und Menge der Fracht, die aufgenommen oder abgesetzt werden soll.

Artikel 4

(1) Falls sich zwischen den Vertragsstaaten hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung des vorliegenden Abkommens eine Meinungsverschiedenheit ergibt, sollen sie sich zunächst bemühen, diese im Weg von Verhandlungen untereinander beizulegen.

(2) a) Wenn sie eine Regelung nicht erreichen, können sie übereinkommen, die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht oder einem Schiedsrichter zur Entscheidung zu unterbreiten.

b) Falls sie über die Beilegung durch Schiedsspruch innerhalb eines Monats nach der Mitteilung eines Staates an den anderen Staat über seine Absicht, sich an ein Schiedsgericht zu wenden, nicht übereinkommen oder falls sie innerhalb weiterer drei Monate nach der Vereinbarung, die Meinungsverschiedenheit der schiedsgerichtlichen Entscheidung zu unterbreiten, über die Zusammensetzung des Schiedsgerichts oder über die Person des Schiedsrichters kein Einvernehmen erzielen, kann jeder betroffene Vertragsstaat die Meinungsverschiedenheit dem Rat der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation zur Entscheidung unterbreiten. Kein Ratsmitglied darf bei der Behandlung durch den Rat über eine Meinungsverschiedenheit abstimmen, in welcher es Parteistellung einnimmt. Erklärt sich der Rat zur Bereinigung der Meinungsverschiedenheit nicht bereit, kann jeder betroffene Vertragsstaat diese dem Internationalen Gerichtshof unterbreiten.

(3) The Contracting States undertake to comply with any decision given under paragraph (2) of this Article.

(4) If and so long as any Contracting State fails to comply with a decision given under paragraph (2) of this Article, the other Contracting States may limit, withhold or revoke any rights granted to it by virtue of the present Agreement.

Article 5

(1) This Agreement shall be open to signature by States members of the European Civil Aviation Conference.

(2) It shall be subject to ratification by the signatory States.

(3) The instruments of ratification shall be deposited with the International Civil Aviation Organization.

Article 6

(1) As soon as two of the signatory States have deposited their instruments of ratification of this Agreement, it shall enter into force between them three months after the date of the deposit of the second instrument of ratification. It shall enter into force, for each State which deposits its instrument of ratification after that date, three months after the deposit of such instrument of ratification.

(2) As soon as this Agreement enters into force it shall be registered with the United Nations by the Secretary General of the International Civil Aviation Organization.

Article 7

(1) This Agreement shall remain open for signature for six months after it has entered into force. Thereafter, it shall be open for adherence by any

3) Les Etats contractants s'engagent à se conformer à toute décision rendue en vertu du paragraphe 2 du présent article.

4) Si un Etat contractant ne se conforme pas à une décision rendue en vertu du paragraphe 2 du présent article, les autres Etats contractants peuvent restreindre, suspendre ou révoquer tous droits octroyés en vertu du présent Accord, tant que cet Etat ne s'y sera pas conformé.

Article 5

1) Le présent Accord sera ouvert à la signature des Etats membres de la Commission européenne de l'aviation civile.

2) Il sera soumis à la ratification des Etats signataires.

3) Les instruments de ratification seront déposés auprès de l'Organisation de l'aviation civile internationale.

Article 6

1) Lorsque le présent Accord aura réuni les ratifications de deux Etats signataires, il entrera en vigueur entre ces Etats trois mois après la date du dépôt du deuxième instrument de ratification. A l'égard de chaque Etat qui le ratifiera par la suite, il entrera en vigueur trois mois après la date du dépôt de son instrument de ratification.

2) Dès son entrée en vigueur, le présent Accord sera enregistré auprès de l'Organisation des Nations Unies par les soins du Secrétaire général de l'Organisation de l'aviation civile internationale.

Article 7

1) Le présent Accord restera ouvert à la signature dans les six mois qui suivront son entrée en vigueur. Il restera ensuite ouvert à l'adhésion de

(3) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, jede nach Absatz 2 dieses Artikels getroffene Entscheidung zu befolgen.

(4) Falls und solange einer der Vertragsstaaten einer nach Absatz 2 dieses Artikels getroffenen Entscheidung nicht nachkommt, können die anderen Vertragsstaaten die ihm auf Grund des vorliegenden Abkommens gewährten Rechte einschränken, vorenthalten oder widerrufen.

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen steht den Teilnehmerstaaten der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz zur Unterzeichnung offen.

(2) Es bedarf der Ratifikation durch die Signatarstaaten.

(3) Die Ratifikationsurkunden sind bei der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation zu hinterlegen.

Artikel 6

(1) Sobald zwei der Signatarstaaten ihre Ratifikationsurkunden zu diesem Abkommen hinterlegt haben, tritt es zwischen ihnen drei Monate nach Hinterlegung der zweiten Ratifikationsurkunde in Kraft. Es tritt für jeden Staat, der seine Ratifikationsurkunde nach diesem Datum hinterlegt, drei Monate nach Hinterlegung dieser Ratifikationsurkunde in Kraft.

(2) Sobald dieses Abkommen in Kraft tritt, wird es durch den Generalsekretär der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation bei den Vereinten Nationen registriert.

Artikel 7

(1) Dieses Abkommen bleibt sechs Monate nach seinem Inkrafttreten zur Unterzeichnung offen. Danach bleibt es für jeden Nicht-Signatarstaat, der Teil-

non-signatory State member of the European Civil Aviation Conference.

(2) The adherence of any State shall be effected by the deposit of an instrument of adherence with the International Civil Aviation Organization and shall take effect three months after the date of the deposit.

Article 8

(1) Any Contracting State may denounce this Agreement, by notification of denunciation to the President of the European Civil Aviation Conference and to the International Civil Aviation Organization.

(2) Denunciation shall take effect six months after the date of receipt by the International Civil Aviation Organization of the notification of the denunciation.

Article 9

(1) The Secretary General of the International Civil Aviation Organization shall give notice to the President and all States members of the European Civil Aviation Conference:

(a) of the deposit of any instrument of ratification or adherence and the date thereof, within thirty days from the date of the deposit, and

(b) of the receipt of any denunciation and the date thereof, within thirty days from the date of the receipt.

(2) The Secretary General of the International Civil Aviation Organization shall also notify the President and the States members of the European Civil Aviation Conference of the date on which the Agreement will enter into force in accordance with paragraph (1) of Article 6.

tout Etat non signataire membre de la Commission européenne de l'aviation civile.

2) L'adhésion de tout Etat sera effectuée par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès de l'Organisation de l'aviation civile internationale et produira ses effets trois mois après la date de ce dépôt.

Article 8

1) Tout Etat contractant pourra dénoncer le présent Accord par notification au Président de la Commission européenne de l'aviation civile et à l'Organisation de l'aviation civile internationale.

2) La dénonciation produira ses effets six mois après la date de réception de la notification par l'Organisation de l'aviation civile internationale.

Article 9

1) Le Secrétaire général de l'Organisation de l'aviation civile internationale notifiera au Président et à tous les Etats membres de la Commission européenne de l'aviation:

a) le dépôt de tout instrument de ratification ou d'adhésion et la date de ce dépôt, dans les trente jours qui suivent ce dépôt;

b) la réception de toute notification de dénonciation et la date de réception, dans les trente jours qui suivent cette réception.

2) Le Secrétaire général de l'Organisation de l'Aviation civile internationale notifiera également au Président et aux Etats membres de la Commission européenne de l'Aviation civile la date à laquelle l'Accord entrera en vigueur conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article 6.

nehmer der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz ist, zum Beitritt offen.

(2) Der Beitritt jedes Staates erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation und wird drei Monate nach dem Tag der Hinterlegung wirksam.

Artikel 8

(1) Jeder Vertragsstaat kann dieses Abkommen durch Notifikation der Kündigung an den Präsidenten der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz und an die Internationale Zivilluftfahrtorganisation kündigen.

(2) Die Kündigung wird sechs Monate nach Erhalt der Kündigungsanzeige durch die Internationale Zivilluftfahrtorganisation wirksam.

Artikel 9

(1) Der Generalsekretär der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation macht dem Präsidenten und allen Teilnehmerstaaten der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz Mitteilung:

a) von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde und dem jeweiligen Datum, binnen dreißig Tagen nach dem Hinterlegungsdatum, und

b) vom Erhalt einer Kündigung und des Datums, binnen dreißig Tagen nach Erhalt.

(2) Der Generalsekretär der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation benachrichtigt auch den Präsidenten und die Teilnehmerstaaten der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz vom Datum des Inkrafttretens des Abkommens gemäß Absatz 1 des Artikels 6.

Article 10

(1) Not less than twenty-five percent (25%) of the Contracting States shall be entitled, by request addressed to the International Civil Aviation Organization given not earlier than twelve (12) months after the entry into force of this Agreement, to call for a meeting of Contracting States in order to consider any amendments which it may be proposed to make to the Agreement. Such meeting shall be convened by the International Civil Aviation Organization, in consultation with the President of the European Civil Aviation Conference, on not less than three months' notice to the Contracting States.

(2) Any proposed amendment to the Agreement must be approved at the meeting aforesaid by a majority of all the Contracting States, two-thirds of the Contracting States being necessary to constitute a quorum.

(3) The amendment shall enter into force in respect of States which have ratified such amendment when it has been ratified by the number of Contracting States specified by the meeting aforesaid, and at the time specified by said meeting.

Article 11

This Agreement shall apply to all the metropolitan territories of the Contracting States, with the exception of outlying islands in the Atlantic Ocean and islands with semi-independent status in respect of which any Contracting State, at the time of the deposit of its instrument of ratification or adherence, may declare that its acceptance of this Agreement does not apply.

Article 10

1) Pour être recevable, une demande de convocation d'une réunion des Etats contractants en vue de l'examen d'amendements éventuels à l'Accord devra être adressée à l'Organisation de l'aviation civile internationale par vingt-cinq pour cent (25 %) au moins des Etats contractants et, au plus tôt, douze (12) mois après l'entrée en vigueur du présent Accord. L'Organisation de l'aviation civile internationale, en consultation avec le Président de la Commission européenne de l'aviation civile, convoquera la réunion en avisant les Etats contractants au moins trois mois à l'avance.

2) Tout projet d'amendement à l'Accord doit être approuvé lors de ladite réunion par la majorité de tous les Etats contractants, les deux tiers des Etats contractants devant être présents.

3) L'amendement entrera en vigueur, à l'égard des Etats qui l'auront ratifié, après ratification par le nombre d'Etats contractants spécifié lors de ladite réunion et à la date fixée par celle-ci.

Article 11

Le présent Accord s'applique à tous les territoires métropolitains des Etats contractants, à l'exception des îles éloignées dans l'Océan Atlantique et des îles dont le statut est semi-indépendant et à l'égard desquelles tout Etat contractant peut déclarer, lors du dépôt de son instrument de ratification ou de son instrument d'adhésion, que le présent Accord ne s'applique pas.

Artikel 10

(1) Mindestens fünfundzwanzig Prozent (25%) der Vertragsstaaten sind berechtigt, durch einen an die Internationale Zivilluftfahrtorganisation gerichteten, nicht früher als zwölf (12) Monate nach Inkrafttreten dieses Abkommens eingebrachten Antrag, die Einberufung einer Tagung der Vertragsstaaten zur Prüfung irgendwelcher Abänderungen, die sie zu diesem Abkommen vorzuschlagen wünschen, zu verlangen. Eine solche Tagung wird durch die Internationale Zivilluftfahrtorganisation im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz nach mindestens dreimonatiger Voranzeige an die Vertragsstaaten einberufen.

(2) Jede vorgeschlagene Abänderung des Abkommens muß bei der vorgenannten Tagung durch eine Mehrheit der Vertragsstaaten angenommen werden, wobei zwei Drittel der Vertragsstaaten erforderlich sind, um die Beschlußfähigkeit herzustellen.

(3) Die Abänderung tritt gegenüber den Staaten, welche die betreffende Abänderung ratifiziert haben, nach Ratifikation durch eine von der vorgenannten Tagung festgesetzte Anzahl von Vertragsstaaten und zu dem seitens der Tagung festgesetzten Zeitpunkt in Kraft.

Artikel 11

Dieses Abkommen findet auf alle Gebiete des Mutterlandes der Vertragsstaaten Anwendung mit Ausnahme der im Atlantischen Ozean gelegenen Inseln und Inseln mit halbunabhängigem Status, bezüglich welcher jeder Vertragsstaat zur Zeit der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde erklären kann, daß die Gültigkeit dieses Abkommens darauf keine Anwendung findet.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized thereto, have affixed their signatures on behalf of their respective Governments.

DONE at Paris, on the thirtieth day of the month of April of the year one thousand nine hundred and fifty-six, in duplicate in three texts, in the English, French and Spanish languages, each of which shall be of equal authenticity. This Agreement shall be deposited with the International Civil Aviation Organization which shall send certified copies thereof to all its Member States.

For Austria:
Vollgruber

For Belgium:
Guillaume
P. Nottet

For Denmark:
E. Waerum

For France:
R. Lemaire

For the Federal Republic
of Germany:
Dr. Knipfer

For Greece:

For Iceland:
Agnar Kl Jónsson

For Ireland:
J. MacCarthy

For Italy:
P. Quaroni

For Luxembourg:
Robert Als
Hamer

For the Netherlands:
W. Boetzelaer

For Norway:
Rolf Andvord

For Portugal:

For Spain:
El Conde de Casa Rojas

For Sweden:
R. Kumlin

EN FOI DE QUOI les sous-signés, dûment autorisés, ont apposé leur signature au nom de leur gouvernement.

FAIT à Paris, le trentième jour du mois d'avril de l'année mil neuf cent cinquante-six, en double exemplaire, en anglais, français et espagnol, chacun de ces textes faisant également foi. Le présent Accord sera déposé auprès de l'Organisation de l'Aviation civile internationale, qui devra en envoyer des copies certifiées conformes à tous les Etats membres de l'Organisation.

Pour l'Autriche:
Vollgruber

Pour la Belgique:
Guillaume
P. Nottet

Pour le Danemark:
E. Waerum

Pour la France:
R. Lemaire

Pour la République Fédérale
d'Allemagne:
Dr. Knipfer

Pour la Grèce:

Pour l'Islande:
Agnar Kl Jónsson

Pour l'Irlande:
J. MacCarthy

Pour l'Italie:
P. Quaroni

Pour le Luxembourg:
Robert Als
Hamer

Pour les Pays-Bas:
W. Boetzelaer

Pour la Norvège:
Rolf Andvord

Pour le Portugal:

Pour l'Espagne:
El Conde de Casa Rojas

Pour la Suède:
R. Kumlin

Zu Urkund dessen haben die Unterfertigten, ordnungsgemäß bevollmächtigt, ihre Unterschriften im Namen ihrer Regierungen angebracht.

Geschehen zu Paris, am 30. April 1956, in zweifacher Ausfertigung in englischer, französischer und spanischer Sprache, deren Texte in gleicher Weise authentisch sind. Dieses Abkommen wird bei der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation hinterlegt, die beglaubigte Abschriften des Abkommens an alle Mitgliedstaaten übermittelt.

Für Österreich:
Vollgruber

Für Belgien:
Guillaume
P. Nottet

Für Dänemark:
E. Waerum

Für Frankreich:
R. Lemaire

Für die Bundesrepublik
Deutschland:
Dr. Knipfer

Für Griechenland:

Für Island:
Agnar Kl Jónsson

Für Irland:
J. MacCarthy

Für Italien:
P. Quaroni

Für Luxemburg:
Robert Als
Hamer

Für die Niederlande:
W. Boetzelaer

Für Norwegen:
Rolf Andvord

Für Portugal:

Für Spanien:
El Conde de Casa Rojas

Für Schweden:
R. Kumlin

| | | |
|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| For Switzerland: Gér. Bauer | Pour la Suisse: Gér. Bauer | Für die Schweiz: Gér. Bauer |
| For Turkey: N. Yolga | Pour la Turquie: N. Yolga | Für die Türkei: N. Yolga |
| For the United Kingdom: | Pour le Royaume Uni: | Für das Vereinigte Königreich: |

für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in diesem Abkommen enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde von dem gemäß Artikel 64 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Funktionen des Bundespräsidenten ausübenden Bundeskanzler unterzeichnet, vom Vizekanzler, vom Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft und vom Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staats-siegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, den 26. April 1957.

Der gemäß Artikel 64 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Funktionen des Bundespräsidenten ausübende Bundeskanzler:

Raab

Der Vizekanzler:

Schärf

Der Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft:

Waldbrunner

Der Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten:

Figl

Das vorliegende Abkommen wird gemäß seinem Artikel 6 Abs. 1 am 21. August 1957 zwischen der Schweiz und Österreich in Kraft treten.

Raab